
Tagung „Zusammen leben - wie Gemeinden und Städte vom generationenverbindenden Engagement der Zivilgesellschaft profitieren können“

14. Februar 2016, Fribourg

Dokumentation des Workshops „Nachbarschaftshilfe“



Weitere Informationen: <http://www.sagw.ch/de/sagw/veranstaltungen/vst-2016-sagw/vst16-ne/generationenprojekte.html>

- Praxisbeispiel: Barbara von Escher (Va Bene – Benevol Biel)
- Kommentatorin: Cornelia Hürzeler (Migros Kulturprozent)
- Moderation und Bericht: Monika Blau (Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft (SGG), Programmleiterin Intergeneration)

Mit der Präsentation des Besuchsdienstes „Va Bene“ aus Biel erhielten die Workshopteilnehmer gleich zu Beginn einen vertieften Einblick in die spezifischen Realitäten eines Nachbarschaftshilfe-Projektes, das seit rund acht Jahren von Akteuren der Zivilgesellschaft entwickelt und umgesetzt wird. Die Initiatorin und langjährige Projektleiterin Barbara von Escher des Vereins Benevol Biel strich dabei die Wichtigkeit einer aktiven und intensiven Kontaktpflege mit Schlüsselpersonen auf allen Ebenen der öffentlichen Hand heraus, um insbesondere die Projektmitfinanzierung durch staatliche Stellen mittelfristig zu sichern. Unklare oder sich im Projektverlauf verändernde Zuständigkeiten staatlicher Stellen bilden dabei eine besondere Herausforderung, die gemeistert werden müssen.

In ihrem Kommentar nahm Cornelia Hürzeler, die Leiterin des Bereichs Arbeit und Zivilgesellschaft beim Migros Kulturprozent, diesen Faden auf und wies darauf hin, dass die öffentliche Hand und die Zivilgesellschaft nach anderen Gesetzmässigkeiten und Rahmenbedingungen funktioniert und es deshalb für eine erfolgreiche Zusammenarbeit unerlässlich sei, die „Kultur und die Logik“ der jeweils anderen Seite gut zu kennen und im Umgang miteinander mehr zu berücksichtigen.

In der anschliessenden Diskussion zur Frage, welche Empfehlungen man den Akteuren geben könnte, wurde von einigen Teilnehmern die Meinung vertreten, dass die Akteure aus der Zivilgesellschaft sich mehr bewusst sein sollten, dass sie notwendige Partner der öffentlichen Hand sind, die einen Nutzen für Gemeinde bzw. Kanton generieren. Konsequenterweise wäre dann aber auch dieser Nutzen konkret im Dialog stärker zu benennen und nachzuweisen. Dieses Ideal einer „Zusammenarbeit auf Augenhöhe“ wurde von anderen Teilnehmern mit Hinweis auf „die Realitäten der Zivilgesellschaft als Auftragnehmer/Bittsteller des Staates“ als zu wenig pragmatisch hinterfragt. Konsens fand hingegen in der Gruppe die Forderung nach einer besseren Vernetzung und Vermittlung aller Akteure, auch um den beidseitigen Informations- und Netzwerkdefiziten zu begegnen. Auch der Aufbau geeigneter Strukturen wie z.B. klare Anlaufstellen bei der öffentlichen Hand für die Zivilgesellschaft wurden als hilfreich für eine erfolgreiche Zusammenarbeit genannt.

Als neuer Aspekt wurde im weiteren zu bedenken gegeben, dass es nicht nur um die Zusammenarbeit zwischen Staat und Zivilgesellschaft gehen könnte, sondern dass die Wirtschaft als gewichtiger Akteur ebenfalls zwingend darin einzubinden sei. Für den Bereich der Nachbarschaftshilfe könnten hier neue Formen von „Genossenschaften“, die gegenseitige Unterstützung im lokalen Nahraum (z.B. Wohnsiedlung, Quartier etc.) selbst organisieren, gebildet werden.

Fazit der lebhaften Diskussionen im Workshop ist, dass es sowohl zu den Rollen als auch den Aufgaben der verschiedenen Akteure sehr unterschiedliche, zum Teil diametral gegensätzliche Vorstellungen von den Workshop-Teilnehmern artikuliert wurden.

So fand auch die Auffassung, die öffentliche Hand habe sich auf die Gestaltung von Strukturen und Rahmenbedingungen für eine Zusammenarbeit zurückzuziehen und sollte die Projektinitiative und -umsetzung den anderen Akteuren überlassen, keine allgemeine Zustimmung. Unter diesen Eindruck bleibt deshalb festzustellen, dass das „Miteinander-Aushandeln“ in der Zusammenarbeit ein aufwändiger aber auch unumgänglicher Prozess bleiben wird. Die Akteure beider Seiten können deshalb beide nur gewinnen, wenn sie die unterschiedliche „Kultur und Logik“ von Staat und Zivilgesellschaft gebührend berücksichtigen.

Tagung „Zusammen leben - wie Gemeinden und Städte vom generationenverbindenden Engagement der Zivilgesellschaft profitieren können“

14. Februar 2016, Fribourg

Dokumentation des Workshops „Neue Wohnformen“



Weitere Informationen: <http://www.sagw.ch/de/sagw/veranstaltungen/vst-2016-sagw/vst16-ne/wohnformen.html>

- Praxisbeispiel: Inge Steiner-Moolenaar, Bruno Steiner und Andreas Wolfram („Wohnen ‘im Dorf’ Schenkon“)
- Kommentator: Prof. Dr. Ulrich Otto (Careum Stiftung)
- Moderation und Bericht: Lea Berger (SAGW)

Einleitung

Im Rahmen der Tagung «Zusammenleben – wie Gemeinden und Städte vom generationenverbindenden Engagement der Zivilgesellschaft profitieren können» fand ein Workshop zum Thema «Neue Wohnformen» statt. Dieser Workshop hatte zum Ziel, ein aktuelles «best-practice»-Projekt vorzustellen, welches intergenerativ ausgerichtet und im Bereich der neuen Wohnformen unterwegs ist, und die Teilnehmer in eine interaktive Diskussion einzubinden.

Vor dem Hintergrund der aktuellen demografischen Entwicklungen stehen Städte und Gemeinden vor Herausforderungen in verschiedenen Bereichen des «Zusammenlebens», unter anderem auch im Bereich des Wohnens. Projekte, die sich die Frage nach den Bedürfnissen der verschiedenen Generationen und deren Berücksichtigung stellen, werden häufig durch die Zivilgesellschaft konzipiert und lanciert, wobei Städte und Gemeinden auch Projekte starten, umsetzen oder unterstützen. Folgende Fragen stellen sich daher: Welche förderlichen Rahmenbedingungen braucht es seitens der Gemeinden und Städte, um das schlummernde Potenzial der Zivilgesellschaft gut zu nutzen? Was sind Erfolgsfaktoren gelingender Kooperationen auf Augenhöhe zwischen Zivilgesellschaft und staatlichen Akteuren im Bereich des intergenerativen Wohnens?

Das Projekt «Wohnen ,Im Dorf’ Schenkon» stellt sich vor

Das Projekt Wohnen «im Dorf» Schenkon startete 1994 mit den ersten Visionen, wurde 2009 eingezont und 2015 mit dem ersten Spatenstich im Süden des Dorfs Schenkon (Kanton Luzern) konkretisiert. Initiant und Eigentümer des Projekts ist ein Ehepaar: Inge Steiner-Moolenaar und Bruno Steiner, welche das Projekt mit Unterstützung von Andreas Wolfram (Hunkeler.Partner Architekten AG in Sursee (LU)) und im stetigen Austausch mit den Behörden realisiert haben. Im August 2016 wurden die ersten 12 von 46 Wohnungen bezogen. Das Projekt stützt sich auf eine Wohnkonzeption, welche alle Altersgruppen integriert, und möchte den Austausch zwischen den Bewohnern sowie die einzelnen Begabungen der Individuen zum Wohle des Quartiers aktiv fördern. Um seine Ziele zu erreichen, stützt sich das «Dorf» unter anderem auf bauliche Elemente, welche Begegnungsmöglichkeiten schaffen: so etwa die Emporen, Spiele im Freien, ein Abenteuerwald, ein Spielplatz, ein Pavillon für gemeinsame Aktivitäten, Sitzgelegenheiten, Nutzgärten und ein Fitnessraum. Der Weinberg und das neu gestaltete «alte Dorfzentrum», welche das Quartier umrahmen, ergänzen das Angebot und sorgen für eine bessere Ein- und Anbindung des «Dorfes» mit der Umgebung und der Region. Ausserdem soll die Gründung eines Quartierrates im November 2016 zur partizipativen Quartiergestaltung beitragen.

Kommentar von Prof. Dr. Ulrich Otto: Zwischen innovativ und konservativ

Im generellen Kontext gesetzt und im Vergleich zu anderen Wohnprojekten betrachtet, weist das Projekt Wohnen «im Dorf» Schenkon gewisse konservative Züge auf: Es strebt zum Beispiel keine 2000 Watt Gemeinschaft und bietet keine Clusterwohnungen an, sondern traditionelle Wohnungen, umgeben von arrangierten Begegnungszonen. Die Begegnungszonen sind ihrerseits jedoch innovativ gestaltet und an Pflege und

Umweltschutz wird in pragmatischer Weise ebenfalls gedacht – wobei in der Präsentation nicht auf diese Aspekte eingegangen wurde. Das Resultat des Unterfangens ist momentan noch offen – werden die Begegnungszonen und der Quartierat intergenerative, aktive Austausch und eine partizipative Quartiergestaltung genügend fördern können? – und doch ist Ulrich Otto optimistisch. Die Besitzer und Projektinitianten werden selber in eine der Wohnungen einziehen, was ein sehr schönes Zeichen der Überzeugung setzt und das Projekt umso glaubwürdiger macht.

Resultate der Gruppendiskussionen

Frage 1: Welche aktuellen und zukünftigen Herausforderungen stellen sich Städten und Gemeinden im Bereich des Wohnens?

- Platzbedarf, Verdichtung
- Soziale Durchmischung
- Nutzungsmischung
- Wohnen im hohen Alter
- Flexibilität der Grundrisse
- Begegnungsräume schaffen
- Wohnverhältnisse an lokale/individuelle Bedürfnisse anpassen

Frage 2: Wie können Städte und Gemeinden im Bereich der neuen Wohnformen durch generationenverbindende Initiativen unterstützt werden und umgekehrt?

- Gegenseitiges Interesse zeigen
- Schaffung von offenen, stabilen Rahmenbedingungen
- Ermessensspielräume nutzen
- Gemeinsam auf spezifische Lösungen hinarbeiten

Frage 3: Wie könnten Generationenprojekte im Bereich der neuen Wohnformen in die Aufgabenerfüllung der öffentlichen Hand eingebunden werden?

- Durch das Lancieren von Integrationsprozessen
- Durch das Schaffen von sozialen Strukturen
- Durch das Anbieten von preiswertem Land (evtl. mit Auflagen) oder Darlehen durch die Gemeinde
- Durch das Anbieten von Unterstützung bei Öffentlichkeitsarbeit und partizipativen Prozessen
- Durch das Ernennen eines Moderators / Vertreters
- Durch Standortförderung und regionale Zusammenarbeit

Frage 4: Wie können Städte und Gemeinden Generationenprojekte im Bereich neue Wohnformen selbst lancieren oder deren Lancierung durch Dritte unterstützen?

- Baurecht mit Definition vom Zweck
- Grenzen der herkömmlichen Strukturen erkennen und innovative Modelle fördern / lancieren / finanzieren
- Pilotprojekte lancieren

Tagung „Zusammen leben - wie Gemeinden und Städte vom generationenverbindenden Engagement der Zivilgesellschaft profitieren können“

14. Februar 2016, Fribourg

Dokumentation des Workshops „Partizipative Gemeinde- und Quartierentwicklung“



Weitere Informationen: <http://www.sagw.ch/de/sagw/veranstaltungen/vst-2016-sagw/vst16-ne/generationenprojekte.html>

- Praxisbeispiel: „Zukunfts-Kafi“, Stefan Tittmann, Verein OstSinn – Raum für mehr
- Kommentatorin: Simone Gretler-Heusser, Hochschule Luzern – Soziale Arbeit
- Moderation: Ramona Giarraputo, Migros-Genossenschafts-Bund, Direktion Kultur und Soziales, Leiterin Soziales

Präsentation Zukunftskafi

- Es braucht Raum für Dialog und Begegnung
- Methode kombiniert Zukunftskonferenz & Worldcafé
- Es geht auch um Werte und Normen; was ist mir wichtig
- Gute Vernetzung als Basis
- Für Überschaubares finden sich immer Leute
- Ist nicht politisch organisiert
- 3 Arten von Projekten, die daraus entstehen: 1) Leute setzen sofort selber um, 2) Kooperation IG-Gemeinde, 3) Gemeindeprojekte (weil gesetzl. Auftrag)
- Plädoyer für: es braucht wieder mehr Begegnungsräume indoor/outdoor, das müssen wir wieder herstellen.

Kommentar Simone Gretler-Heusser

- Erwartungsmanagement als zentrales Thema
- Erreichbarkeit, Niederschwelligkeit, Plädoyer für schwer erreichbare, vulnerable Zielgruppen
- Partizipation muss breit gefasst werden, auch aufsuchend (z.B. im Migros Restaurant)
- Begegnung auf Augenhöhe in Generationenprojekten

Diskussionsthemen

- Wie kann man verhindern, dass Partikularinteressen eingebracht werden?
- Von wem muss die Initiative ausgehen: top-down oder bottom-up? Beides, man muss sich irgendwann treffen.
- Prozess ist im Ergebnis offen, das ist schwierig für Politik
- Kritische Frage zu „Auftragnehmenden“ wie etwa die Universitäten
- Partizipation als inflationärer Begriff, der alles meint und eben doch sehr unterschiedlich verstanden wird. Keine Instrumentalisierung.
- Politisches Commitment und Verbindlichkeit als zentraler Erfolgsfaktor von Partizipationsprozessen.

Tagung „Zusammen leben - wie Gemeinden und Städte vom generationenverbindenden Engagement der Zivilgesellschaft profitieren können“

14. Februar 2016, Fribourg

Dokumentation des Workshops „Soziale Integration“



Weitere Informationen: <http://www.sagw.ch/de/sagw/veranstaltungen/vst-2016-sagw/vst16-ne/generationenprojekte.html>

- Praxisbeispiel: MUNTERwegs, Miriam Hess, Verein MUNTERwegs
- Kommentatorin: Ruth Tennenbaum, Eidgenössische Kommission für Migrationsfragen
- Moderation: Jessica Schnelle, Migros-Genossenschafts-Bund, Direktion Kultur und Soziales, Projektleiterin Generationen

Präsentation MUNTERwegs

Über das Programm

- Mentoringprogramm besteht seit 6 Jahren
- begonnen in Baar, mittlerweile an 7 Standorten, verbreitet über social franchise
- Anerkennung für Freiwillige: Weiterbildungen (auch gemeinsam mit Eltern) zur Gesundheitsförderung, Lerntechniken, Resilienzförderung; Zeitgutschriften (KiSS-assoziiert), Sozialzeitausweis
- An Standorten gut vernetzt mit der öffentlichen Hand: Schulen, Elternberatungsstellen, Sozialämter, Jugendförderung, Schulergänzende Betreuung, Kantonale Asylämter, Interkulturelle ÜbersetzerInnen
- Diverse Auszeichnungen

Über das Mentoring:

- Dauer des Mentorings: 8 Monate, 2 Gruppentreffen (Kick-off & Abschlussfest)
- In den 6 Jahren ca. 350 Paare, Matching wird durch den Verein vorgenommen
- Mentees: Kinder aus sozial benachteiligten Situationen
- Mentoren: SeniorInnen, aber auch Studierende, die es im Rahmen ihres Studiums absolvieren

Kommentar Ruth Tennenbaum

- Sehr erfreuliche wahrgenommen Projektentwicklung seit erstem Kontakt im Bereich Gesundheitsförderung, Multiplikation in andere Gemeinden, Vernetzung des Projekts.
- Bei Mentoringprojekten ist immer die Frage „Auf Augenhöhe“ zentral.
- Soziale Integration ist auch ein Markt. Es gibt viele Initiativen unterschiedlicher Qualität.
- Mit Blick auf weitere Projektbeispiele der Tagung zum Thema Soziale Integration: Frage nach Bedarf und partizipativer Umsetzung ein Thema.
- Öffentlicher Hand kommt grosse Verantwortung zu: sie muss Strukturen zur Verfügung stellen.
- Möglichkeiten, die eine politische Teilhabe fördern, sind sehr wichtig für die intendierte Wirkung „sozialer Integration“. Das eigene, lokale Umfeld zu gestalten und/oder bei der Gestaltung mitsprechen zu können, ist sehr wichtig.

Diskussion

- Wie werden die Kinder/Jugendliche ausgewählt? Kooperation mit Schulen, interkulturelle Vermittlung (Femmes Tische, A prima). Kriterien? Soziale Benachteiligung sei es Sprache, Integration in der Schulklasse, etc.
- Wie kann zwischen Zivilgesellschaft und öffentlicher Hand ein Dialog auf Augenhöhe hergestellt werden? Oftmals verhängt mit der Frage „Freiwillig“ versus „Professionalität“.
- Dialog mit der Zivilgesellschaft sollte in den Gemeinden Chefsache sein.
- Erfahrung: guter Dialog am Beispiel der [Zukunftswerkstatt in Langenthal](#). Partizipativer Dialog. Weiteres Beispiel für Dialog Zivilgesellschaft und Öffentliche Hand: [Zukunfts-Kafi](#) (werden im Workshop 1 vorgestellt). Die Erfahrung im Rahmen der Generationenakademie zeigt, dass Initiativen, die von Anfang an von Zivilgesellschaft in Abstimmung mit der Verwaltung entwickelt werden, sehr nachhaltig sind.
- Es gibt auch Einzelinitiativen, die vor allem wirksam sind, weil sie Einzelinitiativen sind. Beispiel: [Zeitmaschine.tv](#)
- Meinung „Politische Teilhabe“ als Begriff zu eng gefasst, es geht doch eher um gesellschaftliche Teilhabe.
- Soziale Integration müsste eigentlich Soziale Inklusion heissen. Inklusion ist beinhaltet Massnahmen, die zur Entprofessionalisierung führen. Empowerment von Personen

JS/22.9.2016